

SPD/0020/2023

Parteienantrag SPD

Az:

Datum:

08.05.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Parkplatz Bahnhof Wiebelsbach; Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2023

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, weitere Verhandlungen mit der DB Netz AG zu führen, damit der Bahnhofsvorplatz in Wiebelsbach rechtssicher und langfristig seitens der Stadtverwaltung überplant und gestaltet werden kann. Hier ist neben der Parkplatzgestaltung (PKW und Fahrräder) auch die Verkehrssicherheit für Passanten und Radfahrende sowie einer ausreichenden Beleuchtung zu berücksichtigen. Alternativszenarien zum Ankauf des Bahnhofsvorplatzes sollen in den zuständigen Ausschüssen vorgestellt werden.

Begründung:

Die Vorlage des Magistrats zum Bahnhofsvorplatz in Wiebelsbach entspricht nicht den politischen Bemühungen der letzten Jahre in Ortsbeirat und Stadtverordnetenversammlung. Anders als in der Begründung des Antrags dargestellt, wobei es sich hier lediglich um eine Ablehnung des aktuellen Bahn-Angebots handeln sollte, würde eine Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung dazu führen, dass dieses Projekt zukünftig nicht weiterverfolgt werden könne und der Magistrat sein Verhandlungsmandat verlieren würde. Das ist nicht in unserem Sinne und auch nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die nach wie vor mit dem sehr schlechten Zustand des Bahnhofsvorplatzes zu leben haben: Die Situation wird zunehmend schwieriger, da die Zufahrten von Wiebelsbach wie auch von der B 426 kommend zugesperrt werden (LKW und PKW). Fußgänger müssen schon jetzt auf der Straße gehen, da sich kein Bürgersteig auf den Zuwegen befindet. Außerdem ist die Beleuchtung nicht ausreichend. Die Bushaltestellen im Bereich des Bahnhofs sind in keiner Weise dem Verkehrsaufkommen entsprechend gestaltet und sind somit eine ständige Gefahrenquelle. Schließlich befindet sich die Fahrbahn aufgrund der zahlreichen Schlaglöcher in einem sehr schlechten Zustand. Die ablehnende Haltung des Magistrats zum vorliegenden Angebot der Deutschen Bahn können wir zwar nachvollziehen und halten dies mit Blick auf die Bodenverunreinigungen auch für haushaltspolitisch vernünftig. Allerdings sollte man im Zuge dessen weiter verhandeln und zu einer Lösung kommen, die für unsere Stadt vertretbar ist und bessere Konditionen beinhaltet. Das wäre mit der Vorlage des Magistrats nicht möglich. Weiterhin stellt der Ankauf des Bahnhofsvorplatzes bisher auch die einzige realistische Option dar, um die Situation vor Ort zu verbessern und aufzuwerten. Für uns ist nach wie vor nicht ersichtlich unter welchen anderen Bedingungen die Stadt Groß-Umstadt auf diesem Gelände investieren sollte. Wir werden wohl kaum das Gelände der Deutschen Bahn mit städtischen Mitteln aufwerten, wenn die Deutsche Bahn hier selbst nicht bereit ist auch nur einen Cent zu investieren. Auch der neue Bürgermeister, der Alternativen zum Ankauf in die Diskussionen brachte, konnte diese bisher nicht weiter konkretisieren. Daher wollen wir über mögliche Alternativen zum Ankauf in den zuständigen Ausschüssen informiert werden und vorher keinen Ankauf ablehnen. Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die Stadtverordnetenversammlung mit Beschlüssen vom 15.02.2018 und 14.12.2018 den Ankauf als Ziel der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn formuliert und die Erstellung eines Nutzungskonzeptes beauftragt hat. Ein Gesamtkonzept kann die Situation hier deutlich verbessern und sollte Möglichkeiten für abschließbare Fahrradboxen und die Bereitstellung von E-Ladestationen berücksichtigen. Über weitere Optionen (Parkdeck, LKW-Parkverbot, Fußgängerweg, eingezeichnete Parkplätze, etc.) müssten die politischen Gremien sich einigen. Erst dann ist auch eine Kostenanalyse für die Umgestaltung möglich. Da in den Städten die Umweltbelastung ständig zunimmt und der öffentliche Personennahverkehr gestärkt werden soll, kommt hier dem Bahnhof in Wiebelsbach, als größter Bahnhof der Stadt mit den meisten Anbindungen ins Rhein-Main-Gebiet und der höchsten Anzahl an Fahrgästen, eine entscheidende Rolle zu. Deshalb müssen wir den Bahnhofsvorplatz rechtssicher und langfristig überplanen und neu gestalten.